4. Sitzung des XXX. Vorarlberger Landtags am 11. Mai 2016

TOP 15 – „Antrag auf Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2015 der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Vorarlberg“ (Beilage 31/2016)

LTP Sonderegger: Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung „Antrag auf Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2015 der Kinder- und Jugendanwaltschaft des Landes Vorarlberg“ (Beilage 31/2016)

Im Sozialpolitischen Ausschuss am 27.4.2016 behandelt. Zum Berichterstatter wurde der Abgeordnete Metzler bestellt. Ich eröffne die Debatte in zweiter Lesung und bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Metzler: Bericht zum Tätigkeitsbericht 2015 Kinder- und Jugendanwalt: Der Sozialpolitische Ausschuss hat sich am 27. April 2016 mit dem Tätigkeitsbericht des Kinder- und Jugendanwalts, Beilage 31/2016, beschäftigt. Michael Rauch gab eingangs einen Überblick über seine Arbeit während des Berichtsjahrs. Zu Nachfragen von Abgeordneten nahm der Kinder- und Jugendanwalt folgende Klarstellungen vor: Mobbing sei an Schulen zunehmend ein Problem, das Zusammenleben werde schwieriger. Die Integration von schulpflichtigen Flüchtlingen an Schulen gelinge gut. Die Ausbildungspflicht nehme leider Flüchtlinge aus. Nach der Schließung der Carina müsse sowohl die medizinische als auch die heilpädagogische Betreuung für Kinder sichergestellt werden. Die Stabstelle für Kinderschutz im Amt der Landesregierung sei nicht optimal. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft sei personell unterbesetzt. Mystery Shopping zeigte dort Wirkung, wo es regelmäßig praktiziert wird. Die Aufnahme von Kindern in Gastfamilien solle ausgebaut werden. Der Jugendschutz solle österreichweit harmonisiert werden. Der Schutz vor Nikotinmissbrauch solle auch über Werbe- und Automatenbeschränkungen verstärkt werden. Neue Regelungen zu E-Zigaretten seien in Arbeit.

Landesrätin Wiesflecker berichtete über ihre Bemühungen, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unterzubringen und die Quote, die derzeit bei 73 Prozent sei, zu erfüllen. Fünf Quartiere seien in Planung, es gebe immer wieder Widerstände in Gemeinden. Weiters sagte sie, Integration funktioniere bei schulpflichtigen Flüchtlingen gut, nach dem Ende der Schulpflicht weniger. Die heilpädagogische Betreuung von Kindern soll in Kindergärten stattfinden. Die Kinderschutzkompetenzen sollen gebündelt werden.

Der Bericht wurde von den Ausschussmitgliedern einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Eröffnung der Debatte und Abstimmung über die Beilage 31/2016.

LTP Sonderegger: Danke, Herr Berichterstatter. Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Sprickler-Falschlunger, in Vorbereitung die Abgeordnete Hosp.

Sprickler-Falschlunger: Hoher Landtag, werte Kollegenschaft! Ich muss auch hier um Verständnis bitten, ich war direkt bei der Ausschussdiskussion erkrankt und deshalb nicht dabei. Ich werde jetzt aber versuchen, den Bericht in den wichtigsten Punkten durchzudiskutieren. Vorweg einmal möchte ich einen herzlichen Dank – ich bin ja sonst nicht

so mit Danke; das machst eher Du immer, oder (Heiterkeit) –, aber ein herzliches Dankeschön an den Kinder- und Jugendanwalt für seinen sehr informativen Bericht, den ich gestern Abend noch gelesen habe, und zwar sehr ausführlich. Und ich möchte hier einige Punkte diskutieren, die mich schon irgendwie überrascht haben.

Also wie in diesem Bericht steht, hat Vorarlberg – ich gehe zuerst zu den UMFs –, Vorarlberg die Quote, einmal 2015 und auch jetzt, nicht erfüllt in Bezug auf die minderjährigen Flüchtlinge, auf die unbegleiteten. Dazu kommt noch, dass mindestens ein Drittel dieser in Erwachsenenunterkünften untergebracht sind und das natürlich nicht adäquat ist. Weiters kritisiert wird – und das hat mich irgendwie sehr verwundert; ich sage jetzt, ich war nicht dabei, vielleicht kann mich die Landesrätin Wiesflecker dann gleich korrigieren – dieses Clearingverfahren, das ja dringend notwendig ist wenn unbegleitete Minderjährige hier herkommen, also dass man abklärt: Wo stehen sie in ihrer Vorbildung, et cetera, et cetera, damit man auch den richtigen Weg wählen kann für die Beschulung oder für die Ausbildung. Das findet anscheinend noch nicht oder nicht gut genug statt. Da würde ich nachher gern die Frau Katharina Wiesflecker hören. Das ist der Bericht von 2015 und ich würde gerne wissen, ob sich da inzwischen etwas verändert hat.

Was mich sehr positiv gestimmt hat, ist, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft gegenüber dem Landesvolksanwalt eine Überprüfung durch die OPCAT-Kommission angeregt hat für die minderjährigen Flüchtlinge. Das, hoffe ich, findet statt.

Das Nächste ist die Unterbringung in den Gastfamilien – da schreibt der Kinder- und Jugendanwalt, dass genügend Angebote anscheinend da waren, aber aus irgendwelchen Gründen, komplizierten – ich weiß nicht, wieso genau, das ist mir nicht klar, das hat sich mir nicht erschlossen – diese sehr gute Unterbringungsmöglichkeit – und das ist wahrscheinlich die beste Unterbringungsmöglichkeit von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – fast nicht stattgefunden hat. – Das einmal zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Und dann komme ich zur nächsten Gruppe, das sind die Kinder der Roma – ich sag's einmal so – oder der Umgang mit dieser Frage. Und mich hat also, obwohl ich also das auch initiiert habe, das Bettelverbot, das ja der Kinder- und Jugendanwalt schon länger angeregt hat, das Bettelverbot für Kinder, also auch, dass man sie nicht mitführen darf beim Betteln; obwohl ich das für völlig richtig halte, war für mich das Auftreten des Landeshauptmanns damals sehr erschreckend, der das – ich sage einmal – als, und so ist es auch 'übergekommen, als disziplinierende Maßnahme ja öffentlich so geäußert hat. Und der Kinder- und Jugendanwalt schreibt auch in seinem Bericht, dass das natürlich der völlig falsche Weg ist, wenn man die Kinder- und Jugendhilfe als Disziplinierungsmaßnahme darstellt. Das soll sie ja nicht sein, sie soll ja eine Hilfe sein.

Des Weiteren wird kritisiert – und das ist etwas, das kann ich gar nicht verstehen –, offenbar gibt es Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit den Kinderschutzabteilungen zum Beispiel in den Krankenhäusern. Da beschreibt er ja ein E-Mail, das jemand geschrieben hat: „Es hat sich niemand gerührt. Fortgesetztes Ignorieren von ärztlichen Gefährdungsmeldungen durch die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe beklagt wird.“ Das ist doch ein sehr, ein sehr massiver Vorwurf, oder, wenn ich mir vorstelle, dass jemand von einem Krankenhaus das meldet, von einer Kinderabteilung zum Beispiel, und das

nachher bei den zuständigen Stellen auf Ignoranz trifft, halte ich das schon für sehr abklärenswert und vor allem für verbesserungswürdig.

Des Weiteren fordert er mehr Personal – das ist jetzt schon aus der Berichterstattung ergangen. Ich denke, da werden wir einmal zusammen sitzen und ausloten, wie viel Personal denn gebraucht wird. Und dann werden sich sicher auch Menschen hier herinnen finden – ich sage es einmal allgemein –, die das unterstützen werden.

Ein weiterer Punkt – das ist auch so etwas, was ich gar nicht verstehen kann –, da gibt's ein Fachgremium Prävention vor, ich glaube, Grenzverletzung und Gewalt und sexueller Ausbeutung. Und da beschäftigt sich dieses Fachgremium damit, an wen man da dieses Geld vergeben kann und schlägt auch schon jemanden vor. Und das Geld ist da und das Geld wird nicht ausbezahlt. Also das ist für mich völlig undurchsichtig. Ich glaube, das ist jetzt einfach einmal so über den Bericht. Es gäbe noch viele Themen, aber das scheinen mir die wichtigsten zu sein. Das ist – ich fasse es noch einmal zusammen – einerseits die Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge – also angefangen von der Quote bis über das Clearingverfahren – das ist der erste Punkt – und die altersentsprechende Unterbringung. Der zweite Punkt ist für mich ganz wichtig auch, das ist die Zusammenarbeit der Kinderschutzgruppen mit der Kinder- und Jugendhilfe. Also das muss einfach funktionieren, weil sonst ist was ganz grundlegend falsch gelaufen. Und als dritten Punkt noch die bessere Ausstattung. Dankeschön!

Während der Ausführungen der Abg. Sprickler-Falschlunger übernimmt die LTVP Nußbaumer um 21.23 Uhr den Vorsitz.

LTVP Nußbaumer: Dankeschön. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hosp.

Hosp: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Hoher Landtag! Auch ich möchte mich eingangs beim Kinder- und Jugendanwalt Michael Rauch und bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für sein Engagement bedanken. Ein Blick auf die Statistik im Tätigkeitsbericht zeigt, dass 14 Prozent der betroffenen Kinder und Jugendlichen bis sechs Jahre alt waren, acht Prozent waren sieben bis zehn Jahre, elf bis vierzehn Jahre waren 23 Prozent, 15 bis 17 Jahre 24 Prozent und 14 Prozent der betroffenen Jugendlichen 18 Jahre und älter. Der vorliegende Tätigkeitsbericht zeigt eindrucksvoll die geleistete Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft, aber er zeigt nicht nur die geleistete Arbeit, der Bericht zeigt auch die Wichtigkeit dieser Institution, die sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzt. Und er zeigt auch Themen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen auf, die für uns ein Auftrag für eine verantwortungsvolle Politik sein müssen.

Beim letzten Tätigkeitsbericht habe ich bereits das Kompetenzzentrum für Kinderschutzfragen angesprochen, deren Einrichtung wir Freiheitliche ausdrücklich begrüßt haben. Nachdem sich der Vorstand für die Auflösung und für die Neuausrichtung entschieden hat, muss es unser Ziel sein, die Kinderschutzarbeit auch in Zukunft auf allen Ebenen weiterzuentwickeln. Und hier, Frau Landesrätin, sind Sie gefordert, denn der Kinderschutz in unserem Land muss auch weiter konsequent ausgebaut und optimiert werden. Wir werden Sie, Frau Landesrätin, aber nicht an Ihren Worten messen, sondern an Ihren Taten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Freiheitliche, insbesondere unsere Sozialsprecherin Cornelia Michalke, haben uns aktiv für den Weiterbestand der Carina als heilpädagogische Stätte eingesetzt. Es heißt im Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft, dass die Stiftung Carina über viele Jahre in der Vergangenheit hohe Kompetenz in der heilpädagogischen Betreuung und Beschulung von Kindern nachgewiesenermaßen unter Beweis gestellt hat. Es ist aus unserer Sicht sehr bedauerlich, dass eine Einbindung des Heilpädagogischen Zentrums Carina im Rahmen des neuen heilpädagogischen Konzepts nicht zustande gekommen ist. Das Land hat ja bekanntlich auch die Finanzierung für den noch verbliebenen therapeutischen Kindergarten eingestellt. Und meine Damen und Herren von der Regierung, das haben Sie auch zu verantworten. Das neue heilpädagogische Konzept sieht vor, ein heilpädagogisches Kindergartenangebot mit einer Kapazität von fünf bis sieben Plätzen aufrechtzuerhalten, dieses allerdings an einen Regelkindergarten anzuschließen. Und die Umsetzung soll bis Herbst 2016 abgeschlossen sein. Und im Rahmen dieser Umsetzung wird sich dann auch weisen, ob es wirklich klug war, eine über 30 Jahre bestehende, bewährte Einrichtung nicht einmal in Gespräche über die weitere heilpädagogische Ausrichtung des Landes einzubinden.

Als dritten und letzten Punkt, auf den ich auch noch kurz eingehen möchte, ist der Kinderbeistand – diesen habe ich ebenfalls im letzten Tätigkeitsbericht schon angesprochen. Bei Obsorgefragen muss stets das Kindeswohl im Vordergrund stehen und darf nicht auf dem Rücken von Kindern ausgetragen werden. Den Kinderbeistand in strittigen Obsorge- und Kontaktrechtsstreitigkeiten müssen wir hier weiter ausbauen, um Kindern eine Stimme zu geben. War laut dem Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft mit Ende 2014 die Bilanz nicht zufriedenstellend, haben wir seit November 2015 erfreulicherweise wieder ausreichend Kinderbeistände zur Verfügung. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft führt im Bericht auch an, dass der Nutzen einer Unterstützung für Kinder durch den Kinderbeistand unumstritten ist. Wir müssen daher auch Maßnahmen treffen, dass zusätzliche Kinderbeistände für die Ausbildung und in weiterer Folge für die Tätigkeiten in Vorarlberg gewonnen werden. Und ich möchte nochmals an Sie, Frau Landesrätin, appellieren, sich dieses dringend wichtigen Themas anzunehmen, denn der Kinderbeistand ist angesichts der hohen Scheidungen doch ein sehr, sehr wichtiges Thema.

Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren! Abschließend: Das Kindeswohl muss immer im Mittelpunkt stehen. Nur dann, wenn das Kindeswohl im Mittelpunkt steht, stehen auch Kinder in der Mitte, egal ob es um den Kinderbeistand, die gemeinsame Obsorge, die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung, das Kompetenzzentrum oder all die anderen wichtigen Bereiche, die auch meine Kollegen Sprickler-Falschlunger schon angesprochen hat, oder wie wir es auch vom Berichterstatter gehört haben, welche die Kinder- und Jugendanwaltschaft in ihrem Bericht angesprochen hat, geht. Wenn wir das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen, stellen wir Kinder in die Mitte und haben somit sehr viel erreicht. Danke!

LTVP Nußbaumer: Danke. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Bitte, Frau Landesrätin.

LR Wiesflecker: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Hoher Landtag! Selbstverständlich nehme ich Bezug auf die angesprochenen Punkte und versuche das einmal jetzt abzuarbeiten in der Chronologie der angeführten Redebeiträge und Punkte. Ich beginne mit

den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Ich habe dazu im Ausschuss schon einiges berichtet. Es ist so, dass wir die Quote mit 73 Prozent derzeit erfüllen. Das heißt, wir brauchen noch zwei 30er-Quartiere – da bin ich schon seit längerer Zeit intensiv auf der Suche. Ich habe das im Ausschuss geschildert, dass sich fünf Objekte anbieten und dass ich aber große Schwierigkeiten habe. Bei einem ist es eine Schwierigkeit mit der Akzeptanz, was Nachbarschaft betrifft oder Bürgermeister, die da nicht wirklich mit dabei sind. Und das sind dann immer schwierige Rahmenbedingungen, so etwas wirklich zu realisieren. Und bei anderen Projekten ist es wieder so, dass das im Umfeld nicht schlecht wäre, aber die Umbaumaßnahmen so dermaßen teuer sind, dass sie auch sehr schwer zu vertreten sind. Aber ich habe gerade jetzt die letzten beiden Tage also sehr positive Nachrichten bekommen, dass zwei von diesen fünf auf der Liste jetzt doch Realität werden könnten. Und ich habe im Ausschuss schon gesagt, dass ich also bis Herbst, spätestens bis Ende des Jahres, oder Zielsetzung wäre eigentlich mit diesen Umbaumaßnahmen, bis Herbst diese Quote erfüllen zu können.

Es sind derzeit nicht ein Drittel der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Erwachsenenquartieren, sondern gezählte 18 von den derzeit 205 in Vorarlberg befindlichen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Also wir haben 40 Plätze so im Gesamtkonzept nach wie vor in Erwachsenenquartieren vorgesehen als Reserve, wenn wir sie anderweitig nicht unterbringen. Aber derzeit sind eben 18 noch in Erwachsenenquartieren – das sind Jugendliche, die schon in Erwachsenenquartieren waren, die wir nicht mehr umquartiert haben, weil wir ja im Laufe der Zeit erst diese 30er-Einheiten aufgebaut haben.

Zum Clearing muss man da ein bisschen unterscheiden, welches Clearing man meint. Also in einer ersten Phase ist natürlich die Kompetenz-BH Bregenz, wo ich mich an der Stelle sehr bedanken möchte bei Bezirkshauptmann Burtscher, der sehr, sehr engagiert in dieser Sache tätig ist. Das hat er sich so richtig als persönliche Aufgabe auch gemacht, sich besonders um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu kümmern. Er und sein Team haben also von Beginn an, als ich das Amt auch übernommen habe, als wir entschieden haben: Selbstverständlich ist es Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe und nicht nur Aufgabe der Grundversorgung, sich um diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu kümmern. Er hat das sehr engagiert auch gleich in die Hand genommen. Wir haben dann das auch personell aufstocken können. Also in einer ersten Phase, wenn die kommen, übernimmt natürlich die Kompetenz-BH und damit auch die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe in der Obsorgevertretung ganz eine zentrale Rolle im Clearing. Also einmal: Woher kommen sie? Wie schaut das mit dem Asylverfahren aus? – Das macht ja die Diakonie, das haben wir ja auch extra einem anderen Träger übergeben, damit das getrennt läuft. Was brauchen die Jugendlichen – sind die richtig aufgehoben in der 30iger-Einheit oder geht das nicht? Das machen sie natürlich auch mit dem Träger zusammen, also diese Abklärung: Stimmt die Art der Betreuung für den Betroffenen (es sind ja Männer, junge Männer)?

Eine zweite Phase des Clearings hat der Träger zusammen auch mit dem Projekt Talente Scout vorzunehmen. Da ist es natürlich zuerst einmal wichtig, dass sie Deutschkurse besuchen. Die Träger machen dies in unterschiedlicher Intensität. Was ich, glaube ich, auch an der Stelle schon einmal berichtet habe, dass meine Intention in die Richtung geht, dass es bei allen Trägern dazu kommt, dass sie halbtägig Deutschkurse anbieten, also so was wie eine Schule, und dass man dann in die weiteren Abklärungen gehen kann: Wo sind denn berufliche Präferenzen der Betroffenen? In welche Richtung möchte man gehen – möchte

man in eine Lehre gehen, möchte man in eine weitere Bildungslaufbahn einschlagen? Es sind ein Teil ja Analphabeten. Also wir haben ja da ganz unterschiedliche Voraussetzungen natürlich auch, die die Betroffenen mitbringen.

Im Ausschuss habe ich auch gesagt, dass das mit den Gastfamilien aus meiner Sicht auch ausbaufähig ist. Im Moment haben wir zehn in Vorarlberg. Es sind vier Jugendliche bei Gastfamilien untergebracht. Andere Bundesländer sind uns da ein Stück weit voraus. Wir sind jetzt eher bei den 30iger-Einheiten und bei diesem Betreuungskonzept ein Stück den anderen Bundesländern voraus. Bei den Gastfamilien, da haben sich andere Bundesländer mehr darauf konzentriert. Also da schauen wir jetzt gerade, was die für Erfahrungen machen. Das möchten wir auf alle Fälle verstärken im Land. Ich halte das auch noch für ein großes Potenzial. Zum Teil wird auch angemerkt, dass man schon Jugendliche, die sich einmal im Asylverfahren, also die noch nicht den Status haben, auch schon in Gastfamilien unterbringt. Da war ich zuerst zögerlich und eher zurückhaltend. Aber man kann ja davon ausgehen, dass die meisten den Status bekommen. Also man kann durchaus schon im Asylverfahren das Modell der Gastfamilie stärker mit einbeziehen – das teile ich.

Zum zweiten Thema – Roma-Kinder: Da bin ich gerade tätig in einer Arbeitsgruppe. Wir haben zweimal getagt, wo wir uns das Thema der Schulpflicht sehr intensiv angeschaut haben. Weil nach diesem Reisebericht ja auch festgestellt wurde, dass es eigentlich – und das teilen auch Teilnehmer der zweiten Reise –, dass es eigentlich sehr sinnvoll wäre, wenn es gelänge, eine durchgehende Schulpflicht, eine durchgehende Schullaufbahn der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen im Herkunftsland, in Rumänien. Aber das gelingt natürlich teilweise nur bedingt, weil die Familien immer auf Wanderschaft gehen oder in andere europäische Staaten gehen, um sich durchzubringen und damit aber immer Unterbrüche sind in den Schulbesuchen. Also wir schauen uns das im Moment sehr genau an: was für Möglichkeiten gibt's im Herkunftsland, in Rumänien, den Schulbesuch sicherzustellen, durchgängig sicherzustellen? Und was für Möglichkeiten haben wir hier und welche gesetzlichen Rahmenbedingungen haben wir hier auch zu erfüllen? Da wird es einen Abschlussbericht im Laufe der nächsten Woche geben, zu meiner Arbeitsgruppe – es tagen ja noch drei andere Arbeitsgruppen.

Dass die Kinder- und Jugendhilfe beziehungsweise die Bezirkshauptmannschaft insbesondere, weil die ja der ‚verlängerte Arm ist der Kinder- und Jugendhilfe‘, hier als Disziplinierungsorgan oder als Maßnahmen fungieren soll, das habe ich immer abgelehnt. Also das ist zwar zum Teil in den Berichterstattungen so vorgekommen – habe ich persönlich immer abgelehnt. Selbstverständlich ist es so, dass die Kinder- und Jugendhilfe einen Auftrag hat zu agieren, wenn Meldungen erfolgen zum Beispiel in Richtung „Gefahr in Verzug“ oder was auch immer.

Die Kinderschutzgruppen in den Spitälern und inwieweit das in den letzten Jahren oder – ja – Monaten gehakt hat? Das kommt vor. Das lag aus meiner Beobachtung und meinem Wissensstand vor allem auch an der früheren Leiterin des Fachbereichs, dass sie das nicht wirklich zustande gebracht hat, hier die Akteure zusammenzubringen. Ich habe gerade vor kurzem einmal nachgefragt, wie das jetzt aussieht. Und es sind diese Koordinierungsgespräche wieder in Gang gebracht über die neue Fachbereichsleiterin, und es wäre an sich okay, sich da wieder auszutauschen und die Dinge vorwärtszubringen. Also da meine ich schon, dass das an der Person gelegen hat, dass das nicht funktioniert hat.

Fachgremium Grenzverletzungen und Prävention, dass hier Gelder nicht abgeholt wurden. Da gibt's aus dem Kinder- und Jugendschutzgesetz und den weiteren Maßnahmen diesen Topf mit 70.000 Euro Projektgelder für Präventionsmaßnahmen. Es hat mich auch überrascht, dass das Geld nicht abgeholt worden ist. Meine frühere Fachbereichsleiterin hat mir gesagt, sie hat zweimal ausgeschrieben, es sind nur sehr dürftig Anfragen und Anträge gekommen, entsprechende Projekte zu realisieren. Ich habe mir einzelne – ich glaube, es sind dann vier Projektanträge gekommen –, ich habe mir einzelne angeschaut. Die waren dann inhaltlich auch sehr dünn, dass ich mir gedacht habe: ‚Na, so was kann aber ein Träger und eine Organisation selber auch machen.‘ Also dafür sind diese Gelder eigentlich auch nicht gedacht – also für normale Fortbildungsmaßnahmen zum Beispiel für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Also das ist mit Sicherheit noch ausbaufähig, muss man vielleicht noch einmal auf die grundsätzliche Zielsetzung dieses Präventionstopfes schauen und dann die Gelder entsprechend einsetzen. Es ist wieder reserviert das Geld. Also ich meine, dass man das halt einfach vernünftig machen sollte.

Die bessere personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe muss man wahrscheinlich besprechen. Die Entscheidung liegt da beim Landeshauptmann, was die personelle Ausstattung dann betrifft und die Kosten dazu.

Kinderschutz Weiterentwicklung – das ist ein Thema, das habe ich im Ausschuss auch angesprochen. Also ich bin nach wie vor sicher, dass die Entscheidung, den Verein aufzulösen und das Thema Kinderschutz wieder stärker zum Land herzuholen, die richtige war. Es ist im Moment nach wie vor so, dass Werner Grabher auf einer Art Stabstelle agiert, die also nicht direkt angekoppelt ist im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, sondern übergreifend arbeiten sollte, weil das Thema Kinderschutz und Prävention in sehr viele andere Bereiche hineingeht. Also es war die Grundüberlegung die, dass nicht nur aus der Kinder- und Jugendhilfe heraus Kinderschutz und Prävention bearbeitet werden sollen, ähnlich wie beim Kompetenzzentrum, sondern übergeordnet in andere Bereiche hinein. Er hat jetzt sehr intensiv an einem sehr generellen Präventionskonzept gearbeitet, das wir uns jetzt gerade in den nächsten 14 Tagen, wir drei Landesräte (Bernadette Mennel, Christian Bernhard und ich) im Detail anhören wollen. Es überschneidet sich ein Stück weit mit dem Konzept, das im Bereich Kinder und Jugend, im Fachbereich, ausgearbeitet worden ist: „Kein Kind zurücklassen“, das ein Stück weit von den Gemeinden her initiiert wurde. Jetzt versuche ich einmal, diese beiden Projekte zusammenzubringen und diese beiden Konzepte, dass dieses Kinderschutzthema wieder wirklich ganz breit über Fachbereiche und Disziplinen hinweg verankert werden kann.

Zur Carina habe ich im Ausschuss auch schon, glaube ich, das Wesentliche gesagt. Ich mein', dass da jetzt eh schon sehr viel darüber geredet worden ist. Und wenn es dort Bedarf gibt und Kinder in Nachsorge noch Betreuungsbedarf brauchen, dass man da mit Sicherheit Lösungen findet.

Und der Kinderbeistand und Obsorge, meine Rede zu diesem Thema – das ist natürlich ein sehr großes Thema „Obsorge generell“ und sehr emotional auch. Meine Rede dazu war immer: Väter und Mütter sollten vor der Trennung sich um die Kinder kümmern und nicht erst danach. Dankeschön!

LTVP Nußbaumer: Dankeschön. Jetzt gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann lasse ich über die Kenntnisnahme der Beilage 31/2016 abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig. Vielen Dank!